

Betrifft: Erweiterung der Beteiligungsrechte für durch die Gemeindevertretung oder durch Kommunalwahl bestimmte Beauftragte und Beiräte

In der Gemeindevertretersitzung am 18.04.2023 wurde ein Antrag auf Prüfung erweiterter Rechte, insbesondere ein uneingeschränktes Rederecht für das Gremium der Kinder- und Jugendbeauftragten gestellt. Durch einen Änderungsantrag unserer Fraktion sollte das Verfahren abgekürzt werden.

In einer am Tag nach der Sitzung schriftlich eingegangenen Stellungnahme des Hauptamtes wird, anders als im Änderungsantrag vorgesehen, dargelegt, dass die Berufung der im Betreff genannten Personen zu sachkundigen Einwohnern in den Fachausschüssen rechtlich möglich und laut Kommentar wünschenswert sei.

Gemäß § 43 Abs. 4 BbgKVerf haben sachkundige Einwohner ein aktives Teilnahmerecht mit Ausnahme des Stimmrechtes Abs. 3. Dieses umfasst nach § 30 dieser Vorschrift das Recht, das Wort zu ergreifen, Vorschläge einzubringen, Fragen und Anträge zu stellen und sie zu begründen. Diese Rechte gelten sowohl im öffentlichen wie auch im nichtöffentlichen Teil der jeweiligen Ausschusssitzung.

Anders, als in der Stellungnahme geschrieben, spricht der Kommentar ausdrücklich davon, dass die Berufung sachkundiger Einwohner u.a. dazu dienen soll, den besonderen Sachverstand einzelner Einwohner für kommunalpolitische Entscheidungen nutzbar zu machen. Wen eine Fraktion für sachkundig hält und ob jede Fraktion ihren eigenen sachkundigen Einwohner vorschlagen kann, wird nicht geregelt.

Unstrittig ist, dass die Beiräte und Beauftragten über die Sachkunde bzgl. ihres Aufgabengebietes verfügen. Jedoch sind sie in aller erster Linie Interessenvertreter, so wie Vereinsvorstände auch. Auf die Begründung des Änderungsvorschlages wird ausdrücklich hingewiesen.

Das Rundschreiben zur Erläuterung der Kommunalverfassung und zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2008 Aufhebungsrunderlass 6/2008 (Rdschr. BbgKVerf) vom 11. Juni 2008 führt aus: „Auch wenn der Gesetzgeber auf eine Begrenzung der Zahl der sachkundigen Einwohner verzichtet hat, sollte die Zahl der sachkundigen Einwohner nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder des Ausschusses betragen.“

Mit der Berufung der Ortsbeiräte (8), der Seniorenbeauftragten (1), dem Gremium der Kinder- und Jugendbeauftragten (1), ggf. der Gleichstellungsbeauftragten (1) und dem Kinder- und Jugendschutzbeauftragten (1) würden im Höchstfall weitere 12 Personen zu der bereits über der Empfehlung des MIK liegenden Anzahl der sachkundigen Einwohner hinzukommen.

Da es in der jüngeren Vergangenheit mehrfach zu Verstößen der Verschwiegenheitspflicht gekommen ist, erscheint die Erweiterung der Teilnehmerzahl im nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzungen als nicht wünschenswert, ohne dass damit eine konkrete Unterstellung stattfindet.

Auch in Betracht gezogen müssen die finanziellen Auswirkungen entsprechend § 5 unserer Entschädigungssatzung.

Der oben genannte Änderungsantrag sollte die Einladung des zur Diskussion stehenden Personenkreises zu den Fachausschusssitzungen und das Rederecht sicherstellen.

Sinnvoll erscheint die Aufnahme eines weiteren festen Tagesordnungspunktes in den Fachausschusssitzungen „Anfragen/Hinweise der Beiräte und Beauftragten“ nach der Einwohnerfragestunde. Im Verlauf der Sitzung kann dann von den einzelnen Mitgliedern des Ausschusses darüber befunden werden, ob sich eines Vorschlages in Form eines Antrages angenommen wird.

Sollte sich die Gemeindevertretung für die Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes in den Fachausschüssen entschließen, so müsste dieses in eine entsprechende Beschlussvorlage und in die Geschäftsordnung mit aufgenommen werden. Die Geschäftsordnung bedarf ohnehin einer Überarbeitung, insoweit wäre zunächst ein Beschluss ausreichend.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Hedwig' followed by a stylized surname.